

Blinde Flecken im Diskurs über den Ukraine-Konflikt

Bilder friedlicher Demonstranten, die auf dem Majdan gegen das Regime des Viktor Janukowitsch und für eine Perspektive der Ukraine in der Europäischen Union (EU) protestierten, wirken mittlerweile wie aus einer anderen Epoche. Dabei sind sie nicht einmal ein Jahr alt. Gleichsam in Echtzeit ließ sich im Fernsehen verfolgen, wie ein Konflikt innerstaatlich bis an den Rand des Bürgerkriegs und zwischenstaatlich zum Muskelpiel konkurrierender Ordnungsmächte eskalierte. Der Sturz des autoritären Präsidenten stellte ein Schlüsselmoment dar. Mögen ihn die einen als Revolution feiern und die anderen als Putsch verurteilen: Unbestreitbar erlebte die innere Ordnung der Ukraine eine grundlegende Erschütterung. Anstatt aber den Kontrahenten bei ihrem Weg aus der Krise Hilfe anzubieten, gossen die Ordnungsmächte Öl ins Feuer. Das gilt für die EU ebenso wie für die USA und Russland. Spätestens zu diesem Zeitpunkt trat die zweite Krise zutage: Sowohl die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung als auch die Beziehungen zwischen ihren Protagonisten erwiesen sich als wenig belastbar. Mittlerweile durchdringen sich die diversen Problemlagen zu einem undurchsichtigen Konfliktknäuel. Dies gilt umso mehr, als alle Beteiligten das Spiel mit den Medien auf eine Weise perfektionieren, die die internationale Öffentlichkeit ratlos macht: Mögen Manipulationsversuche und einseitige Parteinanahmen noch so offensichtlich sein, die Grenze zwischen „Realität“ und „Inszenierung“, zwischen „Information“ und „Propaganda“ lässt sich kaum noch ermitteln. Insofern kann S+F lediglich beanspruchen, einige nicht oder nur wenig beachtete Konfliktfäden aufzugreifen. Erstens scheint uns die Diskussion über die Forderungen selbsternannter Ordnungsmächte die Frage nach den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen – den Bewohnern der Ukraine sowie der Krim – unbillig zu verdrängen. Zweitens prägen derzeit ausufernde Spekulationen den westlichen Diskurs über Russland und seinen Präsidenten. Dagegen lassen wir eine Stimme aus der russischen Gesellschaft zu Worte kommen. Drittens findet augenscheinlich ein Rückfall in altbekannte Stereotype statt: Wechselseitige Vorurteile erleben ebenso wie geopolitische Deutungsmuster eine Renaissance. Viertens drängt sich die Frage nach Auswegen aus der Eskalationsspirale auf. Hier eröffnen wir eine strategische und eine friedenswissenschaftliche Perspektive. Angesichts virulenter Konfliktdynamiken gilt den Autoren und Autorinnen besonderer Dank.

Sabine Jaberg

Die Ukraine. Ein gespaltenes Land?

Gerhard Simon

Die Ukraine in ihren heutigen Grenzen gibt es seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Den Kern bildet die ehemalige Ukrainische Sowjetrepublik, die im Zuge der Eroberungen des Zweiten Weltkrieges im Westen wesentlich vergrößert wurde: Hinzu kamen Galizien und das westliche Wolhynien, die Karpaten-Ukraine und die nördliche Bukowina. Galizien war vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg Teil der Habsburger Monarchie gewesen und gehörte vorher und nachher zu Polen, war also westlich-europäisch geprägt. Schließlich schlug Nikita Chruschtschow 1954 aus wirtschaftlichen und geografischen Gründen und um sich seiner ukrainischen Klientel gegenüber erkenntlich zu zeigen, die Krim der Ukrainischen SSR zu.

Die bei uns – und in Russland – gängige Vorstellung, die Ukrainer seien im Grunde Teil eines größeren russischen Volkes oder hätten doch zumindest bis ins 20. Jahrhundert die gleiche Geschichte, ist falsch und muss grundsätzlich korrigiert werden. Zwar haben die drei ostslawischen Völker (Russen, Ukrainer und Belarussen) ihren gemeinsamen Ursprung in den Fürstentümern der Kiewer Rus, aber die Ukrainer gehörten vom 13. bis zum 17. Jahrhundert zu Polen-Litauen – jenem europäischen Großreich, das sich vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee erstreckte. Sie hatten damit Anteil an vielen gesamt-europäischen Entwicklungen des Mittelalters und der frühen Neuzeit, wie der Stadt- und Rechtskultur oder des Barock. Erst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts begann Schritt für Schritt die Einbeziehung der von Ukrainern bewohnten Territorien in

den Moskauer russischen Staat. Ausgerechnet Josef Stalin, der den Ukrainern mit größtem Misstrauen gegenüberstand, vereinigte erstmals seit dem Mittelalter wieder alle von Ukrainern bewohnten Territorien in einem Staat: der Sowjetukraine. Aber die Spannweite ist außerordentlich: Galizien im Westen hatte vor 1939 niemals zu einem russischen Staat gehört, die heutige Problemregion Donbas im Osten der Ukraine war umgekehrt niemals Teil eines westlich geprägten Staats gewesen. Ist es verwunderlich, dass die Ukraine durch viele, oft historisch bedingte Spannungen, durch Konflikte und Risse charakterisiert ist? Russland und die Russen werden im Westen und im Osten ganz unterschiedlich wahrgenommen: Während sie in der westlichen Ukraine als Bedrohung, als das „ganz Andere“ gelten, sehen die Bewohner des Donbas in ihnen die nach Sprache und politischer Mentalität nächsten Verwandten.

Als die Ukraine 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion als unabhängiger Staat die Weltbühne betrat, wurde das vielfach in Russland, aber auch im Westen von ungläubigem Staunen begleitet: Würde dieser Staat sich auf Dauer konsolidieren können? Würde Russland den „Verlust“ der Ukraine hinnehmen? Waren die Fliehkräfte innerhalb des Landes nicht viel zu groß? Demgegenüber bleibt festzustellen: Die Ukraine ist in den zurückliegenden knapp 25 Jahren zusammengewachsen. Auch und gerade die jetzige Krise stärkt das Zusammengehörigkeitsbewusstsein, die Ukraine wird ukrainischer werden. Die nationale Identität und zugleich das zivilgesellschaftliche Selbstbewusstsein nehmen zu. Die Gesellschaft hat sich zweimal 2004 und 2014 gegen die Versuche, eine autoräre Präsidialherrschaft zu errichten, erfolgreich zur Wehr gesetzt. Die Vision von der europäischen Ukraine, von einer zukünftigen Mitgliedschaft in der

EU befähigt insbesondere die jüngere Generation. Es gibt keine Alternative zur europäischen Vision, denn die Anlehnung an Russland bedeutet den Weg zurück in die Vergangenheit, umso mehr als Russland nicht integriert werden will und stattdessen integrieren will, d.h. sich selbst als die Mitte eines zukünftigen euroasiatischen Integrationsraumes sieht. Ist es nicht denkbar, dass angesichts der in manchen Ländern Westeuropas wachsenden Frustration mit der EU die Europabegeisterung der Ukrainer ein höchst willkommener Stimulus sein könnte?

Aber – so kann man dem entgegenhalten – führt die Regierung in Kiew nicht gerade jetzt einen Krieg gegen die Separatisten im Donbas, die sich Russland anschließen wollen, die den dekadenten Westen und Europa vehement ablehnen und von der untergegangenen Sowjetunion träumen? Zwar werden die Separatisten von Russland finanziell, politisch und vor allem militärisch unterstützt, aber sie können sich doch auf eine Minderheit in der Bevölkerung des Donbas berufen, die den Euro-Majdan ablehnte und den Machtwechsel in Kiew im Februar 2014 für einen Putsch hält. Es scheint so, dass die Uhren in den beiden Verwaltungsgebieten Donezk und Lugansk tatsächlich anders gehen als in der übrigen Ukraine. Allerdings handelt es sich eben nicht um den gesamten Osten und Süden des Landes, wie oft unterstellt wird. Zum Südosten des Landes gehören weitere sechs Verwaltungsgebiete einschließlich der wichtigen Zentren Charkiw und Odessa, in denen weder separatistische Referenden abgehalten noch „Volksrepubliken“ ausgerufen wurden. Der weitaus größte Teil des Südostens befindet sich nicht in einem quasi Kriegszustand wie der Donbas. Auch die Präsidentenwahl am 25. Mai hat dort ungehindert stattfinden können.

Aber im Donbas lehnen 70% der Bevölkerung die neue Regierung in Kiew, die Sieger des Euro-Majdan, ab. Umfragen zeigen außerdem, dass zwei Drittel der Menschen dort positiv zu Putin stehen. Beinahe 40% der Bevölkerung sind ethnische Russen. Dennoch sieht auch hier die Mehrheit der Menschen den Donbas nicht als Teil Russlands; vor der jetzigen akuten Krise gab es keine nennenswerte irredentistische Bewegung im Donbas. Nur 20% bis 30% der Bevölkerung befürworten gegenwärtig bei Umfragen den Anschluss ihrer Gebiete an Russland.

Aber zweifellos bietet sich der Donbas für Russland als der geeignete Hebel an, um die Ukraine weiter zu destabilisieren, nachdem die Annexion der Krim aus russischer Sicht erfolgreich abgeschlossen ist. Denn das Ziel russischer Politik seit dem Sturz des Regimes von Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 ist klar: Die Ukraine soll zu einem gescheiterten Staat gemacht werden, der dann wieder in den russischen Hegemonialverband eingegliedert wird. Seit Mitte April findet eine verdeckte militärische Intervention aus Russland – insbesondere aus dem Gebiet Rostow am Don – in den Donbas statt. Wahrscheinlich sind inzwischen mehrere tausend schwerbewaffnete Soldner, die nicht regulären russischen Verbänden angehören, eingeschleust worden. Sie werden vom militärischen Geheimdienst GRU koordiniert. Gleichzeitig präsentiert sich die Putin-Führung vor der Öffentlichkeit als Friedensrufer und verlangt vom ukrainischen Militär, die „Strafaktion“ gegen friedliche Bürger einzustellen.

Die Unterstützung, die die russische Intervention anfangs bei einem Teil der Bevölkerung fand, ist inzwischen rückläufig. Die Führer der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und

Lugansk beklagen sich in ihren Video-Botschaften über die mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung, Waffen in die Hand zu nehmen und gegen die „Faschisten“ aus Kiew zu kämpfen. Dennoch ist mit einem raschen Ende der Intervention nicht zu rechnen, weil das russische Ziel, die Ukraine zu destabilisieren, fortbesteht. Das gilt, obwohl die Blankovollmacht des russischen Parlaments für Putin vom 1. März, unbeschränkt Truppen in der Ukraine einzusetzen, Ende Juni zurückgenommen wurde.

Während im Donbas ein unerklärter und asymmetrischer Krieg stattfindet, gibt es andererseits Indizien dafür, dass die ukrainische Gesellschaft sich konsolidiert. Petro Poroschenko hat die Präsidentenwahl am 25. Mai bereits im ersten Wahlgang mit 54,7% der abgegebenen Stimmen gewonnen. Mehr noch: Er hat in allen Gebieten – auch im Osten und Süden – bei den Wählern die größte relative Zustimmung unter allen Kandidaten gefunden. Frühere Präsidentenwahlen zeigten stets das Bild eines gespaltenen Landes: der Westen und das Zentrum stimmte für den einen Kandidaten, der Süden und Osten für einen anderen. Allerdings ist zu bedenken, dass die Partei der Regionen – unter Janukowytsch die regierende Partei – nach dem Sieg des Majdan im Februar weitgehend aufgerieben wurde und keinen zugkräftigen Kandidaten bei der Wahl präsentieren konnte. Die Distanz und Ablehnung des Majdan zeigten sich im Wahlergebnis insofern, als im Osten und Süden die Wahlbeteiligung mindestens 15% niedriger war als im Zentrum; in den Gebieten Charkiw und Odessa lag sie sogar unter 50%; der landesweite Durchschnitt betrug 60,3%. In den Gebieten Lugansk und Donezk (Wahlbeteiligung 40% bzw. 15%) verhinderten die prorussischen Bewaffneten weitgehend die Wahl.

Wenn es gelingt, die russische Intervention zu stoppen, bestehen durchaus Chancen, dass Staat und Gesellschaft sich weiter konsolidieren. Ohne Zweifel sind die ungelösten Probleme riesig: Sie reichen vom schwachen Staat und der weitgehend nicht einsatzfähigen Polizei über die allgegenwärtige Korruption bis zu den offenen Verfassungsfragen. Aber die Ukraine hatte in postkommunistischer Zeit immer wieder am Rand des Abgrunds gestanden und dennoch fand sie – so stellt es sich von außen dar – im letzten Augenblick stets einen Ausweg aus der Krise. Das Land wird auch in Zukunft von inneren Konflikten, Spaltungen und Antagonismen bestimmt werden. Aber gehört das nicht in vielen europäischen Staaten zur Normalität? Belgien, Spanien oder das Vereinigte Königreich sehen sich seit Jahrzehnten mit massiven separatistischen Bewegungen konfrontiert. Allerdings sind sie nicht von einem übermächtigen Nachbarn bedroht, der ihnen die Existenz streitig macht.

Dr. Gerhard Simon ist außerplanmäßiger Professor für Osteuropäische Geschichte, Universität zu Köln, pensioniert.

Die Lage auf der Krim: Nationalitäten und „politische Stimmungen“

Martin Malek

Russlands Präsident Wladimir Putin eröffnete bei einer Sitzung des NATO-Russland-Rates am Rande des NATO-Gipfels in Bukarest im April 2008 seinem US-Amtskollegen George

W. Bush, dass „die Ukraine nicht einmal ein Staat“ sei. „Was ist die Ukraine? Ein Teil ihrer Territorien gehört zu Osteuropa, und ein bedeutender Teil wurde ihr von uns geschenkt!“ Ein Widerspruch Bushs ist nicht überliefert. Putin bezog sich zweifellos auch und gerade auf die Krim, die 1954, im Jahr nach dem Tod Josef Stalins, auf Initiative von KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow von der Russländischen Sowjetrepublik an die Ukrainische Sowjetrepublik übertragen worden war – damals ein wenig bedeutender Formalakt, der aber nach der Auflösung der UdSSR Ende 1991 und der damit einhergehenden staatlichen Trennung der Ukraine und Russlands zu einem Stein des Anstoßes zwischen beiden Ländern avancierte.

Die Krim befindet sich zwar derzeit nicht unter Kontrolle der Regierung in Kiew, ist aber *de jure* nach wie vor ein Teil der Ukraine. Die Halbinsel ist ein Teil der vielzitierten „Ost- und Südukraine“, von der es (nicht völlig zu Unrecht) heißt, dass dort signifikante Bevölkerungsteile zu prorussländischen oder sogar „prosowjetischen“ Einstellungen neigen, was sie in einen Gegensatz oder jedenfalls in ein Spannungsverhältnis zum „prowestlichen“, „proeuropäischen“, „nationaldemokratischen“ oder sogar „nationalistischen“ Westen und Zentrum der Ukraine bringt. Die Halbinsel ist die einzige autonome Republik der Ukraine und ihre einzige Verwaltungseinheit mit einer absoluten Mehrheit an ethnischen Russen.

Mit dem 11. Mai 1944, als die Rote Armee gerade dabei war, die letzten Widerstandsnester der Wehrmacht auf der Krim auszuschalten, erging eine von Stalin unterzeichnete Geheimverordnung des Staatskomitees für Verteidigung der UdSSR, die das gesamte Volk der Krimtataren der Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern bezichtigte und ihre Verbringung in die Usbekische Sowjetrepublik anordnete. Die Deportation von über 195.000 Personen fand dann innerhalb von nur drei Tagen ab dem 18. Mai 1944 statt. Es handelte sich vor allem um im Hinterland der Front zurückgebliebene Frauen, Alte und Kinder. Die krimtatarischen Männer, die gerade in der Roten Armee gegen die deutsche Wehrmacht kämpften, brachte man etwas später mit gesonderten Eisenbahnzügen an ihre Verbanungsorte. Die Angaben bzw. Schätzungen der Anzahl der Toten während und unmittelbar nach der Deportation gehen stark auseinander und reichen von 15 bis 46% des gesamten Volkes (letztere Zahl nennen insbesondere krimtatarische Quellen). Der Kreml löste die Autonome Republik Krim auf und stufte die Halbinsel zu einem „gewöhnlichen“ Gebiet („oblast“) im Bestand der Russländischen Sowjetrepublik herab.

Die Krimtataren konnten erst am Ende der Sowjetzeit mit der Rückkehr in ihre historische Heimat beginnen. Bei der letzten sowjetischen Volkszählung stellten sie nur 1,9% der Krim-Bevölkerung von 2,43 Mio. Menschen (Russen 65,6%, Ukrainer 26,7%, Weißrussen 2,1%). Erst dann setzte die Repatriierung der Masse der Krimtataren aus Mittelasien ein, die dazu führte, dass der Anteil der ethnischen Russen an der Gesamtbevölkerung zurückging. Die erste postsowjetische Volkszählung in der Ukraine 2001 erfasste 1,18 Mio. Russen (58,5% der Bevölkerung der Krim), 492.200 Ukrainer (24,4%), 243.400 (12,1%) Krimtataren und 29.200 (1,5%) Weißrussen sowie Vertreter von ca. 120 weiteren Nationalitäten, die aber zahlenmäßig sehr klein und politisch unbedeutend waren.

Die ethnischen Ukrainer der Halbinsel blieben – auch und gerade während des „Anschlusses“ der Krim an Russland im Februar/März 2014 – politisch weitgehend passiv und traten kaum durch öffentliche Manifestationen hervor. Die letzten, die noch mit ukrainischen Fahnen in der Hand gegen die Übernahme der Halbinsel durch Putin demonstrierten, waren – soweit bekannt – nicht ethnische Ukrainer, sondern Krimtataren.

Postsowjetische russländische Behauptungen bzw. Befürchtungen einer „Ukrainisierung“ oder sogar „gewaltsamen Ukrainisierung“ der Krim waren bis Februar 2014 ebenso häufig anzutreffen wie nicht nachzuvollziehen: Die ukrainische Sprache war auch nach 1991 in Öffentlichkeit, Medien, Verwaltung, Kultur usw. der Krim kaum präsent gewesen. Bei der Volkszählung 2001 hatten sich nur knapp über zehn Prozent der Einwohner der Krim zu Ukrainisch als Muttersprache bekannt, was bedeutete, dass die ethnischen Ukrainer der Halbinsel zu einem hohen Ausmaß russifiziert waren bzw. sind. Insgesamt hatten damals 76,55% der gesamten Bevölkerung der Krim Russisch als Muttersprache bezeichnet. Und nach Angaben der separatistischen bzw. prorussischen Behörden der Krim aus dem März 2014 hielten 97% der ca. 600 Schulen der Halbinsel den Unterricht auf Russisch ab; es gab nur vier ukrainischsprachige und 15 krimtatarische Schulen. Übergriffe auf ethnische Russen auf der Krim vor oder nach dem Machtwechsel in Kiew am 22. Februar 2014 wurden nicht gemeldet. Somit konnte von einer vom Kreml und prorussischen Kräften auf der Krim behaupteten „Bedrohung der Russen“, mit der die Annexion der Halbinsel durch Russland gerechtfertigt wurde, überhaupt keine Rede sein.

Auf der Krim hatte die Zustimmung zur Unabhängigkeit der Ukraine bei der Volksabstimmung am 1. Dezember 1991 mit 54,2% den mit großem Abstand niedrigsten Wert von allen Gebieten der Ukraine erfahren; überall sonst (und daher auch im als besonders „prosowjetisch“ geltenden Gebiet von Donezk im Osten des Landes) waren es mehr als 80% gewesen. Die Krim stimmte dann bei allen gesamtukrainischen und regionalen Wahlen mehrheitlich für als „prorussländisch“ und/oder sowjetnostalgisch geltende bzw. sich entsprechend positionierende politische Kräfte, d.h. die Kommunisten, die Partei der Regionen des späteren (ab 2010) ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch sowie kleinere Parteien, die einer größtmöglichen Annäherung an Russland das Wort redeten. Demokratische oder sogar ukrainisch-nationalistische Parteien waren demgegenüber auf der Krim stets völlig chancenlos.

Bei den bisher letzten Wahlen zum Krim-Parlament im Oktober 2010 bewirkte die Wahlarithmetik, dass die Partei der Regionen mit nicht ganz 49% der Stimmen auf den Parteilisten 80 der insgesamt 100 Mandate des Parlaments der Krim erzielte; den zweiten Platz belegte die Kommunistische Partei mit 7,42%, was sich in drei Mandaten ausdrückte. Die im Parlament der Ukraine wichtigen Parteien „Vaterland“ (von Ex-Ministerpräsidentin Julija Timoschenko) und „Freiheit“ (rechtsradikal, nationalistisch) gelangten erst gar nicht in das Krim-Parlament.

Die Homepage der Organisation der Partei der Regionen auf der Krim enthielt einen „Aktionsplan“, der u.a. die „Entwicklung und Nutzung der russischen Sprache in allen Bereichen“ auf der Krim versprach. Es sei die „prinzipielle politische Position“

der Partei, dass Russisch „staatliche Unterstützung“ erhalten solle. Und Russland sei der „entscheidende regionale Partner“ der Krim. „Wir werden die Praxis der engen humanitären und wirtschaftlichen Kooperation mit den Nachbarregionen der Russländischen Föderation fortsetzen. Wir werden das Potenzial des wechselseitigen kulturellen Austausches zwischen der Krim und den Regionen der Russländischen Föderation nutzen.“ Der Partei der Regionen gehörte ursprünglich der Vorsitzende des Krim-Parlaments Wladimir Konstantinow an, der dann den offen separatistischen Kurs der Halbinsel ab Ende Februar 2014 aktiv mittrug und durchsetzte. Am 18. März 2014 unterzeichnete Konstantinow im Kreml in Moskau (u.a. mit Putin) einen sogenannten „Vertrag über die Aufnahme der Krim in die Russländische Föderation“. Er blieb Vorsitzender des nunmehr „Staatsrat“ genannten Krim-Parlaments; zudem übernahm er die Leitung der auf der Krim neu geschaffenen Organisation der Putin-Partei „Einheitliches Russland“. Die Organisation der Partei der Regionen auf der Krim wurde aufgelöst.

Das (vor der Annexion der Krim durch Russland verabschiedete) Programm der vom Justizministerium der Ukraine 2008 registrierten und faktisch nur auf der Krim tätigen Partei „Russische Einheit“ betont an zahlreichen Stellen ihren Einsatz für die „russischen und russokulturellen Bürger der Ukraine“. Zudem fordert es die „Wiederherstellung einer allseitigen ukrainisch-russländischen Zusammenarbeit, darunter ein Verbleiben der [russländischen] Schwarzmeerflotte in Sewastopol“; die Ukraine solle der (vom Kreml forcierter, M.M.) Zollunion aus Russland, Weißrussland und Kasachstan beitreten. Man werde „den Kurs auf strategische Partnerschaft mit der Russländischen Föderation verteidigen“. Diese politische Ausrichtung konnte (auch) insofern nicht verwundern, als Sergej Zekow, 1994-95 Vorsitzender des Krim-Parlaments, der Fraktion der „Russischen Einheit“ in diesem Vertretungsorgan angehörte. Nach der Annexion der Krim durch Russland wurde Zekow Mitglied des Föderationsrates (Oberhaus des russländischen Parlaments) in Moskau, wo er die Halbinsel vertreten soll. Aus der „Russischen Einheit“ kam auch der immer wieder Verbindungen zur organisierten Kriminalität beschuldigte Sergej Axjonow. Er wurde – als Vertreter einer Partei, die bei den Wahlen 2010 ganze vier Prozent der Stimmen erreicht hatte – unter nicht ganz geklärten Umständen (angeblich war das Quorum nicht erreicht) am 27. Februar 2014 vom von „Unbekannten“ besetzten Krim-Parlament zum neuen Ministerpräsidenten der Halbinsel gewählt und trieb in den folgenden Tagen die De-facto-Loslösung von Kiew voran.

Die Verfassungen der Ukraine und der Krim legten die Kompetenzen des Krim-Parlaments klar fest. Demnach war dieses unter keinen Umständen bevollmächtigt, ein „Referendum“ über die staatliche Zugehörigkeit der Halbinsel anzusetzen. Daher war dessen Abhaltung am 16. März 2014 verfassungs- und rechtswidrig, worauf z.B. die Venedig-Kommission des Europarates in einem Gutachten vom 21./22. März 2014 unmissverständlich hinwies. Zudem war das „offizielle“ Ergebnis – 96,77% Ja-Stimmen auf der Krim, 95,6% in Sewastopol für die Vereinigung mit Russland – massiv gefälscht, was dann sogar Putins eigene Menschenrechtskommission einräumte: Sie veröffentlichte Anfang Mai 2014 einen Bericht, demzufolge die Beteiligung am „Referendum“ nur zwischen 30 und 50%

gelegen habe; davon hätten auf der Krim (d.h. ohne Sewastopol) zwischen 50 und 60% für die Vereinigung gestimmt.

Zudem sind die Doppelstandards Moskaus gegenüber dem Separatismus mehr als eindeutig: Sein eigenes entsprechendes Problem mit der nordkaukasischen autonomen Republik Tschetschenien hat es in zwei blutigen Kriegen (1994 bis 1996 und ab 1999), die mindestens Zehntausende Tote forderten und bis zu 300.000 Menschen in die Flucht trieben, „gelöst“; und Ende 2013 wurden Änderungen am Strafgesetzbuch verabschiedet, die „öffentliche Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität“ Russlands unter Strafe stellen. Wenn solche „Aufrufe“ über Massenmedien Verbreitung finden, sind bis zu fünf Jahre Haft vorgesehen. Doch gleichzeitig hinderte dieses „Feindbild Separatismus“ den Kreml über viele Jahre hinweg nicht daran, Abspaltungstendenzen in „illoyalen“ postsowjetischen Staaten wie der Republik Moldau (Dnjestr-Gebiet), Georgien (Abchasien, Südossetien) und Aserbaidschan (Berg-Karabach) anzustacheln und zu fördern. Die Annexion der ukrainischen Krim markiert hier den „Höhepunkt“: Mit ihr hat Russland ganz klar die UNO-Charta sowie zahlreiche weitere bilaterale und multilaterale Abkommen und Verträge, darunter die Gründungsdokumente der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) vom Dezember 1991, verletzt.

Dr. Martin Malek ist Politikwissenschaftler und (ziviler) wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landesverteidigungsakademie in Wien.

Was treibt Russland an? Ein Blick auf innere und äußere Faktoren

Tatyana Parkhalina¹

Die Krise in der Ukraine, die im Herbst letzten Jahres begann, macht einige besorgniserregende Tatbestände deutlich:

1. Zwischen Russland und der euro-atlantischen Gemeinschaft besteht – allen offiziellen Erklärungen und Dokumenten zum Trotz – keine wirkliche Partnerschaft. Wirkliche Partnerschaft kann nicht nur auf gemeinsamen Interessen im Sicherheitsbereich beruhen. Gemeinsame Werte müssen ebenso hinzukommen wie gemeinsame Einschätzungen bei internationalen bzw. bei innenpolitischen Entwicklungen. Stattdessen verharren die USA und Russland immer noch in der rüstungspolitischen Agenda des Kalten Krieges – ergänzt um den Kampf gegen den Terrorismus.
2. Seit einem Jahrzehnt erleben wir eine äußerst heftige geopolitische Konkurrenz um den post-sowjetischen Raum. Dabei ist Russland mit der sogenannten Wiedervereinigung mit der Krim 2014 nach dem Georgienkrieg 2008 zum zweiten Mal vom territorialen Status quo abgewichen, wie er durch den Zerfall der Sowjetunion definiert wurde.
3. Es wäre ein schwerer Fehler, die Ukraine-Krise auf das Dilemma zu reduzieren: „Gehört die Ukraine zu Russland oder zu Europa?“ Dem Land selbst bleibt gar keine andere Alternative als partnerschaftliche Beziehungen sowohl zu Russland als auch zu Europa zu pflegen. Diese wiederum sind

¹ Dieser Beitrag ist aus dem Englischen übersetzt.

gehalten, mit der Ukraine zusammenzuarbeiten, anstatt in ihr und um sie zu konkurrieren.

4. Die Entwicklungen in der Ukraine machen eine sehr ernste Krise der politischen Eliten in diesem Land sichtbar. Weder Russland noch der Westen haben den Aufstieg des aggressiven Nationalismus in der Ukraine zwischen Ende 2013 und Anfang 2014 bemerkt.
5. Die Entwicklungen auf der Krim und in der Ukraine haben auch die Lage innerhalb der Russischen Föderation dramatisch verändert. Das Ausmaß wechselseitiger Intoleranz zwischen sogenannten Patrioten und Liberalen hat extrem zugenommen. Mittlerweile lässt sich sogar von einer Spaltung des Massenbewusstseins reden. Darüber hinaus könnte die ökonomische Lage, die durch die Kosten der Krim-Integration sowie die Sanktionsfolgen verschärft wird, zu einer stärkeren Beanspruchung wirtschaftlicher Ressourcen führen.

Zusammenfassend lässt sich die schwerste Krise des europäischen Sicherheitssystems seit dem Ende der Blockkonfrontation beobachten. Russland und der Westen folgen gegenüber der Ukraine den schlimmsten Spielregeln des Kalten Krieges, indem beide jene Kräfte in diesem Drittland unterstützen, die sich ihnen gegenüber zugehörig erklärt und so einen Bürgerkrieg ausgelöst haben.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, zumindest zu versuchen, auf die Eingangsfrage „Was treibt Russland an?“ zurückzukommen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte sich Russland zu einem demokratischen Staat und sandte dem Westen Signale, dass es sich gern als *gleichberechtigter* Partner in die euro-atlantische Gemeinschaft integrieren würde. Tatsache ist aber auch, dass Russland zu Beginn der 1990er Jahre sehr schwach und seine Zukunft nicht wirklich vorhersehbar war. Der Westen antwortete also mit einem Aufforderungskatalog: Russland sollte den Demokratisierungsprozess mit dem Aufbau eines Systems effektiv funktionierender Institutionen beginnen, eine demokratische und zivile Kontrolle über das Militär und die Spezialkräfte einführen sowie einen ständigen Rückkopplungsprozess zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung gewährleisten. Mit anderen Worten: Russland sollte gewisse „Hausaufgaben“ erledigen, die ohne Zweifel in seinem eigenen Interesse lagen. Aber die russische Gesellschaft – sowohl die Eliten als auch die einfache Bevölkerung – fühlten sich angegriffen und gedemütigt. Ihres Erachtens würdigte der Westen die Bemühungen zur Überwindung des kommunistischen Systems nicht hinreichend.

In den Jahren 1999 und 2000 unternahm Russland verschiedene Vorstöße, die auf seine Integration in die euro-atlantischen Institutionen abzielten. Allerdings waren diese Versuche nicht besonders gut formuliert und wirkten manchmal etwas schwammig. Aber die Hauptstoßrichtung der russischen Außenpolitik blieb noch immer die Integration in den Westen. Dies ist umso bemerkenswerter, als es innerhalb der russischen Eliten über die Antwort auf die Frage keinen Konsens gab, ob und inwieweit sich ihr Land in den Westen integrieren oder auch nur mit ihm zusammenarbeiten sollte. Die Regierung zeigte sich damals weitaus europäischer bzw. euro-atlantischer als die Mehrheit

der russischen Gesellschaft, die an Stereotypen aus der Zeit des Kalten Krieges festhielt.

Die Situation änderte sich grundlegend in den Jahren 2005 und 2006. Als sich die Wirtschaftslage in Russland infolge eines galoppierenden Anstiegs der Öl- und Gaspreise deutlich verbesserte, setzte bei den russischen Eliten ein Umdenken ein: Russland sollte nunmehr seine politische Rolle auf der internationalen Bühne mit seiner neuen „Wirtschaftsmacht“ in Einklang bringen. Seit diesem Zeitpunkt durchzieht ein Grundgedanke sämtliche konzeptionellen russischen Dokumente zur Außenpolitik: Russland dürfe nicht länger einer von anderen entworfenen Agenda folgen, sondern müsse diese gleichberechtigt mitgestalten. Angestrebt wurde also nichts anderes als eine gemeinsam mit den wichtigsten Akteuren USA und EU erarbeitete internationale Agenda.

Nach russischer Vorstellung einer „gleichberechtigten Partnerschaft“ legte der Westen in zahlreichen Fällen jedoch eine gehörige Ignoranz gegenüber den russischen nationalen Interessen an den Tag. Dazu zählten die Luftangriffe der NATO bzw. ihre Aggression gegen das ehemalige Jugoslawien in den neunziger Jahren ebenso wie Militäroperation der USA und Großbritanniens im Irak 2003, obwohl Beweise für die Behauptung fehlten, das Regime Saddam Husseins befände sich im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Des Weiteren wertete Russland den Sturz des Gaddafi-Regimes 2011 als Missbrauch der zum Schutz der libyschen Bevölkerung erlassenen UN-Resolution 1973. Auch sah es alle seine Bedenken gegenüber dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa sowie den Plänen der NATO zum Aufbau einer Raketenabwehr auf eine Art missverstanden, die seinen Sicherheitsvorstellungen zuwiderlief.

Bereits die kontinuierliche Osterweiterung der NATO ohne Rücksicht auf Moskauer Vorbehalte beunruhigte die russische Führung. Die Ausdehnung des Bündnisses auf post-sowjetisches Gebiet bereitet ihr sogar die bislang größte Sorge. Auf dem Gipfeltreffen der NATO in Bukarest im April 2008 widersetzten sich zwar Berlin und Paris dem amerikanischen Druck für einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft für Georgien und die Ukraine. Sie führten jedoch eine Formulierung ein, wonach diese Länder „früher oder später“ Mitglieder des Bündnisses werden sollten. Die politische und militärische Führung Russlands fasste dies als Versprechen eines NATO-Beitritts für beide Länder auf. Daraufhin erklärte der Kreml offen, dies mit allen Mitteln verhindern zu wollen.

Der im Mai 2008 zum russischen Präsidenten gewählte Dmitri Medwedew stellte bei seinem ersten Besuch in Berlin im Juni des gleichen Jahres eine Initiative für einen Europäischen Sicherheitsvertrag vor, der auf die Integration Russlands in ein verändertes Sicherheitssystem abzielte. Dieses Angebot war allerdings nicht gründlich vorbereitet. Aber auch die Kaukasus- und später die globale Finanzkrise verhinderten eine ernsthafte Auseinandersetzung der internationalen Gemeinschaft mit dem Vorschlag. Stattdessen wurde die Zusammenarbeit im Rahmen des NATO-Russland-Rats bis Dezember 2009 eingefroren. Erst kurz vor dem NATO-Russland-Gipfel in Lissabon, als die USA und einige europäische Länder die Idee eines allseitigen Neustarts der Beziehungen zu Russland lancierten, diskutierten der

damalige russischen Präsident Medwedew, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsidenten Nicolas Sarkozy in Frankreich über den Europäischen Sicherheitsvertrag. Allerdings kam der Neustart über die deklaratorische Ebene nicht hinaus. Gravierende Differenzen über das Raketenabwehrsystem der NATO machten beide Seiten unfähig, ihm einen praktischen Neustart folgen zu lassen.

Später führten mehrere Faktoren zu einer Situation, in der der gravierende Mangel an gegenseitigem Vertrauen zwischen Russland und dem Westen erneut zu einem bestimmenden Faktor in ihren Beziehungen wurde – trotz positiver praktischer Zusammenarbeit auf NATO-Russland-Ebene. Dazu trugen neben dem Mangel an politischem Willen in Russland auch die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten (Arabischer Frühling) sowie die Krisen in Libyen und Syrien bei. Ungeachtet vorhandener Dokumente über gemeinsame Sicherheitsherausforderungen offenbarte sich in Russland und im Westen ein unterschiedliches Verständnis globaler Sicherheitsprioritäten.

Als Wladimir Putin wieder als Präsident in den Kreml einzog, vollzog er einen Richtungswechsel in der russischen Außenpolitik von der euro-atlantischen zur euro-asiatischen Region. Einerseits spiegelt dies einen allgemeinen Trend wider, dem auch die USA folgen. Andererseits jedoch reflektiert diese Umorientierung auch die subjektive Wahrnehmung der russischen Elite, wonach der Westen Russland nicht als gleichberechtigten Partner akzeptieren wollte.

Seit beide Seiten – die EU und Russland – mit ihrem Tauziehen um die Ukraine begannen, haben wir das Wiederaufleben alter Stereotype aus der Ära des Kalten Krieges erlebt, als dieses oder jenes Land als Plattform zur Durchsetzung geopolitischer Interessen benutzt wurde. Die „Wiedervereinigung“ mit der Krim half der russischen Führung, gleich mehrere Probleme in den Griff zu bekommen: Erstens demonstrierte Russland erneut, dass Probleme im post-sowjetischen Raum ohne seine Mitwirkung nicht mehr zu lösen sind – einschließlich das der euro-atlantischen Integration einzelner post-sowjetischer Länder. Zweitens unterstrich es seine Fähigkeiten, den Zuschnitt der internationalen Agenda zu beeinflussen. Drittens gelang es ihm zu verdeutlichen, dass die Ukraine zu den russischen Kerninteressen gehört: Ihrer Ausrichtung kommt demnach nicht nur in Bezug auf die Sicherheit Russlands, sondern auch mit Blick auf die konservative Basis im Land entscheidende Bedeutung zu.

An dieser Stelle muss eine Anmerkung gemacht werden: Die innenpolitische Situation Russlands könnte sich weiter verschlechtern. Sie hat sich bereits unabhängig von der russischen Politik gegenüber der Ukraine verschlimmert, da die Wirtschaft stagniert. Das zeigte sich im letzten Jahr ganz deutlich: Die Wachstumsraten und Haushaltseinkommen sanken, während die Preise stiegen. Außerdem traten weitere Probleme auf wie eine extrem hohe Korruption in der Verwaltung sowie das Fehlen effektiv arbeitender Institutionen. Hinzu kommen Defizite bei der Gewaltenteilung, der Rückkopplung von Zivilgesellschaft und Staat sowie der demokratischen und zivilen Kontrolle militärischer Strukturen und Spezialkräfte. Früher oder später sieht sich ein solcher Staat Herausforderungen und Risiken gegenüber, die er nicht mehr bewältigen kann.

Demnach handelt es sich im Falle der Ukraine um eine klassische Propagandaaktion, um von innenpolitischen Problemen Russlands abzulenken. Alle Schwierigkeiten lassen sich auf diese Weise mit feindlichen Aktivitäten einschließlich der verhängten Sanktionen erklären.

Die Ukrainekrise ist auch nach den Präsidentschaftswahlen nicht vorbei, die lediglich eine bestimmte Entwicklungsphase markierten. Nichtsdestoweniger können bereits einige Lehren aus den Vorgängen der betrachteten vier Monate gezogen werden:

- Die Informationskriegsführung aller Seiten ist so schrecklich, dass sie zu regelrechten Sinnestäuschungen führen kann. Die internationale Gemeinschaft sollte daher später einen Verhaltenskodex zur Berichterstattung über die Ereignisse erarbeiten.
- Russland kann nicht von der Diskussion über die Zukunft des post-sowjetischen Raums ausgeschlossen werden. Russland und Europa sowie die USA sollten in dieser Region zusammenarbeiten, anstatt gegeneinander zu konkurrieren oder gar in konfrontative Beziehungsmuster zu verfallen.
- Das euro-atlantische Sicherheitssystem, das vor der Krise existierte, dürfte in Zukunft nicht mehr im selben Rahmen funktionieren. Dies gilt sowohl institutionell als auch substantiell. Die Hinwendung beider Seiten zur gegenseitigen Abschreckung stellt eine große Herausforderung auch für ihre Partner außerhalb Europas dar, die weder die westliche Position noch die russische Reaktion akzeptieren wollen. Auch aus diesem Grund liegt es in der Verantwortung der politischen Eliten und Expertennetzwerke in den USA, in Europa und in Russland, sowohl Maßnahmen der Konfliktverhütung als auch deren Umsetzung in verschiedenen Krisensituationen neu zu durchdenken.

Dr. Tatjana Parkhalina ist Stellvertretende Direktorin des Institute of Scientific Information for Social Sciences an der Russian Academy of Sciences (INION RAN) sowie Präsidentin der Russian Association for Euro-Atlantic Cooperation.

Der Westen und Russland. Gefangen in Vorurteilen

Hans J. Gießmann

Feindbilder haben bei allen Beteiligten des Ukraine-Konflikts gegenwärtig Hochkonjunktur. Selbst krudeste geschichtliche Analogien werden nicht gescheut. So schürt die russische Propaganda unter Verweis auf die Kollaboration ukrainischer Nationalisten mit dem Hitler-Regime Ängste vor einer Rückkehr des Faschismus. Sie warnt vor einer an die Macht geputschten „braunen Junta“ in Kiew und beschwört die tief in das kollektive Gedächtnis der Russen eingebrannten Erinnerungen an den „Großen Vaterländischen Krieg“. Den Aktivisten des Euro-Majdan wird unterstellt, entweder von der CIA unterwandert oder gleich von Amerika ferngesteuert zu sein. Gleichzeitig wird der wiederwachende Stolz der russischen Nation gepriesen. Dazu gehören auch Verweise auf das Russland Alexander Newskis, unter dessen Herrschaft im Jahre 1242 die deutschen

Ordensritter auf dem Eise des Peipussee vernichtend geschlagen wurden, sowie auf die historische Rolle Kiews als die „Mutter aller russischen Städte“ und als sowjetische „Heldenstadt“.

Umfragen aus den letzten Monaten belegen, dass die Propaganda wirkt: Die Unterstützung für die russische Wiedereingliederung der Krim und für die Moskauer Führung, letztere personifiziert in Wladimir Putin, ist russlandweit so hoch wie nie zuvor seit dem Ende der Sowjetunion. Nationalisten in der östlichen Ukraine versuchen, die euphorische Stimmung im Nachbarland für sich zu nutzen. Das Hissen russischer Flaggen auf Verwaltungsgebäuden gerät zum Sinnbild für den erhofften Eintritt der östlichen Ukraine in den russischen Staat. Zugleich symbolisiert es die Aufforderung an Moskau, diesen Eintritt wie im Falle der Krim aktiv zu unterstützen. Auch hier werden Feindbilder bewusst bemüht. Jeder Versuch einer Annäherung Kiews an das westliche Europa wird dem Verdacht ausgesetzt, neue Gräben zwischen Russen an der russisch-ukrainischen Grenze ausheben zu wollen.

Vorurteile grassieren aber nicht nur auf einer Seite. In den westlichen Medien, verbreitet auch in der Politik, dominiert das Bild *prorussischer Separatisten* auf der einen Seite und *prowestlicher ukrainischer Kräfte* auf der anderen. Ähnlich der russischen Propaganda ist auch dieses Bild schräg und falsch. Und es beschwört fatale politische Konsequenzen herauf.

Es ist schräg, weil es der einen Konfliktpartei das Ziel der Sezession aus niederen nationalistischen Motiven unterstellt, während es der anderen Seite zuspricht, die westlichen Werte (Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit) zu teilen. Es ist falsch, weil es die Motive der Akteure verzerrt, die tiefen Ursachen des aktuellen Konflikts in der Ukraine *und* in Europa ignoriert und wider besseres Wissen einseitig Partei ergreift. Und es trägt – allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz – nicht dazu bei, die politische Spaltung Europas zu verhindern. Im Gegenteil: Indem der Konflikt um die Ukraine historisch-kulturell den Kampf zwischen „orthodoxem Orient“ und „aufgeklärtem Okzident“ referenziert, fegt es die aus der Erfahrung der militärischen Spaltung geborenen Hoffnungen auf einen dauerhaften, partnerschaftlichen Frieden in Europa einfach beiseite.

Diejenigen in der Ukraine, die – nach Vorbild der baltischen Staaten – den Königsweg aus regionaler russischer Vorherrschaft heraus allein in der Zugehörigkeit zur NATO und EU vermuten, begreifen die aktuelle Zuspitzung der Spannungen zwischen Russland und dem Westen, insbesondere den USA, als Chance, diese Zugehörigkeit nunmehr beschleunigt zu erreichen. Sie nehmen dabei die Ängste ihrer russischstämmigen Landsleute vor neuen Trennlinien billigend in Kauf. Sie scheinen sogar bereit, die Gunst der Stunde zu nutzen, um mit bewusst gesetzten Nadelstichen wie der erklärten „Terrorbekämpfung“ in ostukrainischen Städten den Konflikt noch zu schüren, um bei weiterer Eskalation die USA und NATO um militärische Hilfe ersuchen zu können.

Allerdings übersehen die Nationalisten beider Seiten in der Ukraine zweierlei. Weder in den USA noch im übrigen Europa ist eine militärische Konfrontation mit Russland mehrheitsfähig. Ähnliches gilt für Russland. Putins Nationalismus zu unterstützen ist die eine Sache, einen Bruderkrieg oder gar

eine militärische Konfrontation mit dem Westen zu riskieren, eine andere. Kriegslust ist weder hier noch da zu verspüren. Dennoch könnte das Spiel mit den Vorurteilen ebenso wie jeder andere Eskalationsschritt darin münden, dass alle Seiten gemeinsam viel mehr verlieren als für sie allein je zu gewinnen wäre – Vertrauen, Wohlstand, Stabilität und nicht zuletzt Sicherheit und Frieden.

Wenngleich keinem der Beteiligten Kriegsabsicht zu unterstellen ist, besteht doch die Gefahr einer ungewollten militärischen Eskalation. Diese Gefahr wurzelt gemeinhin in mangelndem Vertrauen, fehlendem Verständnis für die Sorgen und Interessen der anderen – und nicht zuletzt eben auch in wechselseitigen Vorurteilen. Da jedes dieser Symptome auf das aktuelle Beziehungsverhältnis zwischen Russland und dem Westen zutrifft, wäre es verantwortungslos, die Gefahr eines Krieges aus Versehen zu ignorieren, wie sie bereits in den Zeiten atomarer Abschreckung als Damoklesschwert über Europa schwelte. Russlands Säbelgerassel an den Grenzen zur Ukraine und an der Nordflanke der NATO, aber auch die Vorausstationierung von NATO-Gerät in den baltischen Ländern sowie von US-Soldaten in Polen, sind ungute Vorboten einer beiderseits erhöhten militärischen Alarmbereitschaft, welche schwer zu kontrollierende Eskalationsspiralen oder auch fatale Fehlinterpretationen im Krisenfall wahrscheinlicher werden lässt.

Wie aber konnte es dazu kommen, dass ausgerechnet im Gedenkjahr an die Schrecken der großen Kriege des 20. Jahrhunderts ein solches Szenario in den Bereich des Möglichen rückt? Die Antwort ist ernüchternd: Der Kalte Krieg zwischen Ost und West wurde 1990 am Verhandlungstisch zur deutschen Einheit zwar deklaratorisch beendet, faktisch schwärzte er jedoch weiter. Die Chance einer europäischen Friedensordnung wurde in den Jahren danach mehr oder weniger leichtfertig verspielt. Warum? Weder Russland noch der Westen haben Kernfragen einer solchen Ordnung aufrichtig beantworten wollen. Wäre Russland wirklich zur Teilhabe an einer europäischen Staatengemeinschaft bereit, ohne gleichzeitig für sich und in seinem unmittelbaren Umfeld Sonderrechte zu beanspruchen? Und im Westen: Sollte Sicherheit in Europa *mit* oder vorzugsweise *ohne* Russland gewährleistet werden?

Auf der einen Seite ließ Russland mit der Doktrin vom sogenannten „nahen Ausland“ rasch erkennen, dass es für den gesamten Raum der früheren Sowjetunion Mitspracherechte einzufordern gedachte, nicht zuletzt um seinen geopolitischen Sicherheits- und Verteidigungspuffer zu behalten. Die von Moskau betriebene Gründung der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ zielte darauf, dem Eintritt der Nachbarn in andere Bündnisse, vor allem in die NATO, präventiv einen Riegel vorzuschieben. Die Einkreisungsfurcht hat Russland nie verlassen und als Vorurteil dazu beigetragen, Distanz zum Westen zu halten. Dadurch konnte bei den Nachbarn der Eindruck entstehen, Moskau wolle seine regionale Vorherrschaft zementieren und bei erster Gelegenheit wieder ausbauen.

Auf der anderen Seite sendete auch der Westen Signale, die in Russland als fortgesetzte Bedrohung verstanden wurden. So sahen die neuen Mitglieder die NATO weniger als Brücke nach Osten, sondern als Garant zur Abschreckung Russlands. Die USA betrachteten die hinzugekommenen NATO-Staaten als

willkommene Partner für ihr neues globales Verteidigungskonzept, speziell zur Stationierung von Bestandteilen ihrer eigenen strategischen Raketenabwehr, ohne Rücksicht auf russische Bedenken zu nehmen. Die NATO stellte ihre Erweiterung zwar unter das Vorzeichen größerer Stabilität durch Integration in der Mitte Europas, von der auch Russland profitieren sollte. Der Kreml ließ sich davon aber nicht überzeugen, zumal die USA begannen, aus dem NATO-Bündnis „Koalitionen der Willigen“ zu zimmern, um ihre Sicherheitsinteressen auch militärisch durchzusetzen. Hinzu kommt: Die NATO hat sich seit 1990 nicht nur immer weiter ostwärts ausgeweitet, sondern an die Stelle der Idee einer gemeinsamen Ordnung mit Russland in Europa rückten Gedankenspiele über mögliche „rote Linien“ russischer Toleranz, die zurückzudrängen seien. Russland wurde in vielen Fragen regionaler und globaler Sicherheitspolitik an den diplomatischen Katzentisch verwiesen. Mitwirkung wurde nur noch erbeten, wenn für die zu lösenden Probleme seine Beteiligung wie auf dem Balkan für sinnvoll oder aufgrund seines Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) für zwingend gehalten wurde. Im Übrigen praktizierte der Westen seine Sicherheitspolitik überwiegend ohne Russland. Erinnert sei hier nur an den Kosovo-Krieg, den die NATO 1999 gegen den im VN-Sicherheitsrat erklärten Protest Russlands begann. Im Windschatten seiner fahrlässigen Ausgrenzung gediehen Nationalismus und Europafeindlichkeit in weiten Teilen der russischen Gesellschaft. Wiederkehrende Enttäuschungen über die ausbleibende Anerkennung russischer Ordnungsansprüche in seiner verbliebenen Einflussphäre im Austausch für Entgegenkommen bei der Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands, bei der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle, aber auch bei Beschlüssen im VN-Sicherheitsrat, befeuerten eine anhaltende Entfremdung zwischen Russland und dem Westen. Diese Entfremdung half, den neoimperialen Ambitionen der Führungselite um Wladimir Putin die hohen Zustimmungsraten in der Gegenwart zu verschaffen. Jetzt droht Europa Sicherheitsvorsorge *gegen* Russland, die schlechteste aller vorstellbaren Perspektiven.

Letztlich macht der „Ukraine-Konflikt“ heute nur jene Altlasten sichtbar, die im politischen Raum Europas bereits seit 1989 unterschwellig fortexistierten. Auch bringt er unübersehbar ans Tageslicht, was jahrelang in der politischen Öffentlichkeit tabuisiert wurde: Die Idee einer europäischen Friedensgemeinschaft, eines geeinten Europas vom Ural bis zum Atlantik ist gescheitert. Sie wurde nie konsequent genug verfolgt. Die Ursachen dieses Scheiterns im Angesicht der zerreißenenden Ukraine zu diskutieren, wäre dringend erforderlich. Wer sich diesem Unterfangen jedoch stellt, dem weht ein kalter Wind ins Gesicht. Im Westen denunziert ihn die veröffentlichte Meinung abwechselnd als „Putin-Versteher“ oder „Amerikahasser“. Nicht viel anders in Russland, wo kritische Stimmen der „Knechtschaft“ gegenüber den USA oder der NATO gezielen werden. Oder in der westlichen Ukraine, wo „Moskaly“ zum Schimpfwort für die russischstämmigen Mitbewohner avancierte.

Den Anwälten der jeweiligen Vorurteile geht es weder um Aufklärung noch um begründete Kritik. Sie sind schlechte Ratgeber. Der alte sozialdemokratische Vordenker Erhard Eppler schrieb kürzlich: „Politik besteht zu einem beträchtlichen Teil aus dem Bemühen, die Leute zu verstehen, die einem widersprechen,

die das Gegenteil für richtig halten. Wer nicht verstehen will, muss den Gegner für böse halten [...]“². So verhält es sich auch mit Vorurteilen. Wer sie besitzt, verweigert sich der Vernunft, Positionen Andersdenkender begreifen zu müssen, um ihnen begründet und berechtigt zu begegnen. Wer sie pflegt, muss sich Mitverantwortung zuschreiben lassen, wenn die Beilegung von Konflikten nicht gelingt.

Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann ist Mitherausgeber von „Sicherheit und Frieden (S+F)“ und Geschäftsführer/Executive Director der Berghof Foundation.

Geopolitische Repräsentationen in den Medien. Alte Leitbilder oder neue Risikoszenarien?

Paul Reuber

Totgesagte leben länger. Dass diese Volksweisheit auch für geopolitische Leitbilder gilt, lässt sich gerade mit trauriger Eindringlichkeit am politischen und medialen Säbelrasseln beobachten, dass den Ukraine-Konflikt begleitet. Die Rede ist vom Kalten Krieg und seinen altvertrauten Ost-West-Konflikt-rhetoriken, die eigentlich schon seit mehr als 20 Jahren von anderen wirkmächtigen geopolitischen Repräsentationen wie etwa Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ überlagert zu sein schienen. Plötzlich sind sie wieder zurück und gut genug für die Schlagzeilen in den Medien.

Nun ist der Rückgriff auf die Rhetorik vom Kalten Krieg sicher die provokanteste und gleichzeitig, wie später noch zu zeigen sein wird, die ambivalenste Reaktivierung eines in der historischen Versenkung verschwundenen geopolitischen Leitbilds. Aber der Kalte Krieg bleibt in diesem Kontext – ähnlich wie bereits im Zuge des Konflikts zwischen Russland und Georgien 2008 – nicht die einzige (und nicht die wichtigste) Erklärungsformel geopolitischer Art, die sich aus der Versenkung erhebt. Im Schlepptau der Ereignisse tauchen eine ganze Reihe prominenter geopolitischer Argumentationslinien aus den trüben Wassern der Archive des geopolitischen Diskurses auf, die als Begründungsrhetoriken in Politik, Medien und Öffentlichkeit wieder salonzfähig werden.

Wie kann das passieren? Wie lässt sich verstehen, dass im Kontext der Konflikte in der Ukraine historisch überkommene geopolitische Leitbilder plötzlich wieder „wie die Springteufel“ hervorschallen? Welche konkreten geopolitischen Argumentationslinien finden sich dabei im Diskurs der Medien? Diesen Fragen will der nachfolgende Beitrag nachgehen, wobei aufgrund des Forum-Formats die Argumente nur holzschnittartig angerissen werden können.

Sucht man im Sinne einer (kurzen) theoretischen Grundlegung nach Konzepten, die sich mit der zeitlichen Veränderung solcher gesellschaftlicher Diskurse beschäftigen, so landet man schnell bei Michel Foucault, der sich in vielen seiner Fallstudien mit – teilweise sehr lang angelegten – diskursiven Verschiebungen

2 Erhard Eppler, „Wir reaktionären Versteher“, in: Der Spiegel 18/2014, S. 30.

und Umbrüchen beschäftigt hat. In seiner „Archäologie des Wissens“ (1973) geht er davon aus, dass aktuelle gesellschaftliche Diskurse Teile ihrer hegemonialen Deutungsmacht aus ihrem historischen Gewordensein beziehen. Die Gesamtheit der historischen Diskursformationen bezeichnet Foucault als Archiv. Dabei benutzt er einen weit gefassten und stark diskurstheoretisch sinnverschobenen Archiv-Begriff, der aus Sicht der Politischen Geografie auch beim Verstehen aktueller Begründungsmuster, Feindbilder etc. in virulenten Konflikten nützlich sein kann.

Systematisiert man aus einem solchen Blickwinkel die in der Berichterstattung der Printmedien über die Konflikte in der Ukraine angebotenen geopolitischen Argumentationsmuster, im vorliegenden Fall anhand der „Süddeutschen Zeitung“ sowie der „Zeit“, so finden sich Elemente aus einer Reihe „großer“, d.h. wirkmächtiger und zeitweise hegemonialer geopolitischer Repräsentationen der vergangenen Epochen. Dazu gehört neben der oben bereits erwähnten Formel vom „Kalten Krieg“ z.B. die historisch langlebige Repräsentation vom Ost-West-Gegensatz, die hier mit Macht reaktualisiert wird. In der Medienberichterstattung lassen sich aber durchaus auch Fragmente sehr viel älterer geopolitischer Diskursformationen finden. So taucht etwa der Imperialismus- und „Großmacht-Ansatz“ des 19. Jahrhunderts mit seinem klassischen geopolitischen Hegemoniedenken ebenso in den angebotenen Begründungsargumentationen auf, wie Elemente aus Halford Mackinders geodeterministischen „Lage“-Diskursen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, zu denen das Motiv der „geopolitischen Einflusszonen“ ebenso gehört wie die Vorstellung von „Krisengürteln“, die durch ihre Lage zwischen zwei Großmächten zu bevorzugten Regionen für politische und/oder militärische Auseinandersetzung werden können. Auch die historisch alte, bereits bei Friedrich Ratzel angedeutete Verknüpfung von Geopolitik und Ressourcenfrage spielt eine Rolle.

Analysiert man deren Verwendung im Diskurs der Medien genauer, so wird deutlich, dass sie in sehr unterschiedlicher, vor allem in unterschiedlich „ernsthafter“ Art und Weise verhandelt werden. Schnell zeigt sich, dass der Rückbezug auf den Kalten Krieg zumeist nicht über die plakativen Schlagzeilen hinausträgt. Er dient zwar als vordergründige Spontan-Rahmung der geopolitischen Brisanz des Konflikts, weil er als Kernbegriff einer regionalen Auseinandersetzung zwischen Russland und „dem Westen“ immer noch alle Alarmsignale schrillt lässt. Gleichzeitig kommt es in den untersuchten Medienberichten aber trotz der begrifflichen Reaktualisierung inhaltlich meist zu einer Relativierung und/oder Zurückweisung des Begriffs. Der Kalte Krieg scheint diskursiv so klar und untrennbar mit dem ideologischen Gegensatz zwischen Kommunismus und Kapitalismus sowie der Konfrontation zweier hochgerüsteter Militärblöcke verbunden zu sein, dass er sich für komplexere aktuelle Deutungsangebote kaum eignet. Trotz dieser generellen Zurückweisung finden sich in Einzelfällen durchaus immer wieder Fragmente aus jener argumentativen Asservatenkammer in Form situationsbezogener Verweise auf das geopolitische Motiv des „Stellvertreterkonflikts“, der „Dominotheorie“ oder der damit verbundenen „Containment-Politik“.

Doch viel prominenter als der „Kalte Krieg“ ist eine andere geopolitische Ordnungsvorstellung, die im aktuellen Kontext

als hegemoniale Deutungsfigur bezeichnet werden kann. Sie ist älter und gleichzeitig unspezifischer als der Kalte Krieg und eignet sich aus diesem Grunde deutlich besser als „geo“-politische Leerformel.³ Es geht um das Gegensatzpaar von Ost und West. Diese territoriale Rahmung des Eigenen und des Fremden erlebt vor dem Hintergrund der semantischen Untauglichkeit der Metapher vom Kalten Krieg eine regelrechte Renaissance. Allerdings kommt es auch in der Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt nicht zu einer einfachen Neuauflage altbekannter Argumentationslinien. In Relation zur früheren Bedeutung in den Dekaden des Kalten Krieges finden sich aktuell sowohl territoriale wie inhaltlich verschobene Bedeutungzuweisungen.

Standen noch während des Kalten Krieges die Ost-West-Gegensätze als geopolitische Denkfigur für eine den gesamten Globus umspannende, mächtvolle Rahmung des Eigenen und des Fremden, so bezeichnet „Ost-West“ mittlerweile eher eine regionale Konfliktkonstellation. Entsprechend bildet der Ost-West-Gegensatz auch im Falle des Ukraine-Konflikts nicht mehr eine hegemoniale „Weltformel“ der Geopolitik, er ist von seinem Geltungsanspruch her reduziert worden, bildet eine von mehreren geopolitischen Verortungsweisen in einer als multipolar und fragmentiert konstruierten Weltordnung. Mit dieser Reduktion und Verschiebung verändern sich auch die Hauptprotagonisten in den geopolitischen Repräsentationen von Ost und West. War dieses Leitbild früher sehr stark durch den Gegensatz von USA und UdSSR geprägt, wobei die jeweiligen Bündnispartner im Kontext der NATO oder des Warschauer Pakts häufig eher den Status mehr oder weniger einflussreicher „Vassallen“ hatten, so verschiebt sich diese Repräsentation in aktuellen Konflikten auf beiden Seiten. Als „östlicher Gegenspieler“ wird aus der Sicht des Westens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des östlichen Bündnisses vor allem Russland wahrgenommen. Für den Bereich des Westens stehen, wie die Analyse der aktuellen Berichterstattung erneut deutlich macht, die EU-Staaten heute stärker als gleichberechtigte, fallweise sogar unabhängige Partner neben den USA.

Die Reorganisation der *geopolitical imaginations* von Ost und West verändert auch die inhaltlichen Zuschreibungen, die an diese beiden Begriffe geknüpft sind. Dies wird bei der Analyse der westlichen Printmedien besonders dort deutlich, wo es um die Charakterisierung des geopolitisch nun sehr stark auf Russland fokussierten „Ostens“ geht. Dabei lassen sich fünf Leitlinien der inhaltlichen Re-Polarisierung herausarbeiten, die ebenfalls teilweise wieder auf historisch bekannte Argumentationsfiguren aus den Archiven der Geopolitik zurückgreifen:

(1) *Russland als aggressiver „Revanchist“*: Mit Bezug auf die „Verliererrolle“ Russlands im Kalten Krieg wird in der Medienberichterstattung über den Ukraine-Konflikt ein weiteres Mal ein geopolitisches Revanchismus-Argument aktualisiert, das zur Plausibilisierung des Handelns der russischen Akteure herangezogen wird. Dieses hat enge inhaltliche Verbindungen

³ Dieser Begriff lehnt sich an jenen der „empty signifiers“ an, den Ernesto Laclau und Chantal Mouffe 1985 in „Hegemonie und radikale Demokratie“ entwickelt haben. Er ist von Georg Glasze und Annika Mattssek 2009 für die politisch-geografische Analyse des Spannungsfeldes von „Diskurs und Raum“ verfügbar gemacht worden.

zu (2) dem geopolitischen Selbstverständnis Russlands als alte (neo)imperiale Großmacht, dessen historische Verwurzelung in den Imaginationen teilweise noch weiter zurückreicht als die imperialen Großmachtmetaphern vom „Russischen Bären“. In diese geopolitische Positionierung passt auch die Strategie, dass (3) Russland als regionaler Hegemon seine benachbarten Einflusszonen sichere. Dieses Argument hat von seiner territorialen Logik her Bezüge zu lagedeterministischen Begründungen aus dem geopolitischen Archiv des beginnenden 20. Jahrhunderts, bei denen sich räumliche Einfluss- und Interessensgebiete aus Konzepten wie Nachbarschaft und Nähe herleiten. Dabei wird auch Mackinders Weltbild von den See- und Landmächten reaktualisiert, inklusive der dazwischen liegenden Krisengürtel und Einflusszonen, zu denen hier dann auch die Ukraine zählt. Ein etwas anders gelagerter Teildiskurs bei der inhaltlichen Neu-Rahmung des Ost-West-Verhältnisses repräsentiert (4) Russland als einen Staat, der mit Ressourcen Geopolitik macht. In solchen Fällen wird die Ukraine zu einem Teil des *New Great Game* um Öl und Gas hochstilisiert. Der letzte inhaltliche Strang zur Repräsentation des „neuen Ostens“ bezieht sich auf die Form der politischen Strukturierung und Herrschaft. Er akzentuiert (5) die Rolle Russlands als oligarchischem Klientelstaat. Mit dieser polaren Zuschreibung bleibt der Osten trotz des Verblassens des ideologischen Gegensatzes weiterhin das „politisch Andere“ der westlichen Demokratien. Dabei wird das „Putin-Regime“ u.a. in eine Reihe mit den vielen historischen autoritären Herrschaftsformen gestellt.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den bisherigen Ausführungen nun für die Wirkkraft geopolitischer Leitbilder und Repräsentationen im Kontext aktueller Auseinandersetzungen ziehen? Alte und „totgesagte“ Argumentationslinien des geopolitischen Diskurses verschwinden nicht auf Nimmerwiedersehen, sondern verbleiben als „schlummernde Story Lines“ im Archiv des Diskurses. Ihre Wiederbelebung in aktuellen Konfliktszenarien erfolgt aber nicht „eins zu eins“, sie unterliegt vielmehr einer gleitenden Anpassung an veränderte gesellschaftlich-politische Rahmenbedingungen. Dabei gerät die Bedeutung, zentraler Schlüsselbegriffe in Fluss, ihre Sinnzuschreibung verschiebt sich.

Natürlich haben die vorliegenden Argumente in der zugespitzten Form zunächst eher vorläufigen Charakter. Gleichwohl verweisen sie bereits in dieser explorativen Form am Beispiel der aktuellen Konflikte in der Ukraine ein weiteres Mal auf die Rolle und Macht der Sprache im Kontext (inter-)nationaler Auseinandersetzungen. Mediale Diskurse über die Konflikte stehen nicht außerhalb des Geschehens, sie sind untrennbar mit ihnen verknüpft, sind Teil der diskursiven Arena. Sie (re-)konstruieren nicht nur immer wieder aufs Neue das Eigene und das Fremde, sondern nehmen damit subtil Einfluss auf politische Meinungen, Entscheidungen und Handlungen. Gerade weil Menschen offenbar solche Ordnungsmuster benötigen, um Krisen und Konflikte verarbeiten zu können, bräuchte es eine ergänzende, *andere* Art von Kommentaren, die den konstruierten Charakter solcher Welt-Ordnungen mit der klugen Kraft journalistischer Sprachkompetenz sichtbar macht. Sie könnten zeigen, dass man die Welt auch anders sehen kann als durch die Brille der Geopolitik. Solche Beiträge würden der Gesellschaft Möglichkeiten zur kritischen Reflexion eröffnen.

Das könnte helfen, im Vor- und Umfeld gewaltorientierter Konflikte die Rattenfänger-Diskurse der Geopolitik zu entzaubern, um Spielräume für Aushandlungs- und Annäherungsprozesse jenseits eingefahrener Verortungsmuster des „Eigenen“ und des „Fremden“ zu schaffen.

Dr. Paul Reuber ist Professor für Humangeographie an der Universität Münster mit Arbeitsschwerpunkt Politische Geographie. Er ist Leiter des Arbeitskreises Politische Geographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie und Mitglied im steering committee der „Commission on Political Geography“ der International Geographical Union.

Ausweg aus der Krise. Anforderungen an eine westliche Russlandstrategie

Wolfgang Zellner⁴

Der Ukrainekonflikt ist der schwerste in Europa seit dem Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion und er zeigt, dass dieser Zerfallsprozess zumindest im postsowjetischen Raum noch nicht abgeschlossen ist. Da die längerfristigen Auswirkungen der Krise von ihrem weiteren Verlauf abhängen, ist es noch nicht möglich, eine künftige Russlandstrategie des Westens zu entwickeln. Wohl aber kann man einige Herausforderungen an eine solche Strategie skizzieren.

Russland hat die Krim annektiert, interveniert in teils un durchsichtiger Weise in der Ostukraine, setzt diesen Staat in vielfältiger Weise unter Druck und ist dabei ganz offensichtlich bereit, militärische Gewalt einzusetzen. Das bedeutet einen fortgesetzten groben Bruch des Völkerrechts, der auch mit Hinweis auf frühere westliche Verfehlungen nicht zu rechtfertigen ist. Die ganze Ukrainekrise und das russische Verhalten erscheinen vordergründig als strategische Überraschung. Niemand hat das so vorhergesehen, noch im Februar 2014 hat man die Krise als eine innenpolitische aufgefasst. Bei näherer Betrachtung aber wird klar, dass der Ukrainekonflikt den Kulminationspunkt einer sich schon länger abzeichnenden Verschlechterung der russisch-westlichen Beziehungen darstellt, die ihren Ausgang spätestens mit dem Kosovokrieg 1999 nahm, den die NATO gegen den erklärten Willen Moskaus führte.

Aus russischer Sicht kommt zwei Faktoren Bedeutung zu: Zum einen hat die russische Führung das Angebot eines EU-Assoziierungsabkommens an die Ukraine als Drohung mit der Abtrennung der Ukraine von Russland verstanden. Zum anderen hat sich das bisherige innenpolitische Herrschaftsmodell Vladimir Putins gegenüber der russischen Bevölkerung – getreu dem Motto „ihr lasst mich politisch machen und ich sorge dafür, dass es euch wirtschaftlich gut geht“ – erschöpft. Mit dem Scheitern der wirtschaftlichen Modernisierung ist Russland auf die Rohstoffökonomie zurückgeworfen. Die Wachstumsraten sinken, zudem zehren Rüstung und Korruption. Der Pakt mit der Bevölkerung ist in Gefahr und soll jetzt durch stärkere Repression und verstärkte nationalistische Propaganda kompensiert werden. Anknüpfend an die großen Themen der Sowjetunion wird der Kampf gegen den Faschismus auf die Regierung

4 Für Anregungen und Kritik bedanke ich mich bei Frank Evers, Anna Kreinemeyer, Elena Kropatcheva und Ursel Schlichting.

in Kiew um- und missgedeutet. Diese neue Grundwoge von Nationalismus und Patriotismus ermöglicht es auch, künftige wirtschaftliche Einbußen äußerer Feinden zuzuschreiben. Dabei handelt die russische Führung nicht aus einer Position der Stärke, sondern der Schwäche, übertüncht von einer grandiosen Selbstüberschätzung von Russlands Rolle als Groß- und Weltmacht. Wenn es einen Gewinner in diesem Konflikt gibt, dann heißt er China, der Staat, mit dem Russland im Mai 2014 nach Jahren schwieriger Verhandlungen einen langfristigen Gasvertrag abgeschlossen hat. Ob daraus eine längerfristige Zusammenarbeit wird, bleibt offen.

Auch wenn die Politik des Westens nicht die Kernursache des russischen Verhaltens darstellt, kommt ihr doch eine Mitverantwortung zu. Zumindest bildeten das EU-Angebot eines Assoziierungsabkommens und dessen Ablehnung durch den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch den Auslöser einer Kettenreaktion, die vom Majdan über die Krim bis in die Ostukraine führt. Leider hat das bei der EU und ihren Mitgliedstaaten bisher nicht zu selbstkritischem Nachdenken geführt.

Welche Beobachtungen lassen sich zum Verlauf der Krise anstellen? In der Ukrainekrise trat eine zumindest für Mittel- und Osteuropa *neuartige Form der Kriegsführung* zu Tage, die gelegentlich als hybrid bezeichnet wird. Zu ihren Elementen gehören die Ausnutzung inter-ethnischer Differenzen, eine ausgeklügelte Propaganda und psychologische Kriegsführung sowie der Einsatz irregulärer bewaffneter Formationen. Waren es auf der Krim, wie Putin verspätet eingestand, noch russische Soldaten ohne Rangabzeichen, die den Gang der Dinge bestimmten, so gestaltete sich die Lage in der Ostukraine wesentlich komplizierter. Dort bestand eine im Einzelnen schwierig zu identifizierende und von Ort zu Ort unterschiedliche Melange von einheimischen Aufständischen und Söldnern, teils von Geheimdienstelementen geführt und durchmischt mit Oligarchen-Milizen und rein kriminellen Banden. Das Ganze erinnert schon fast an Syrien oder an einige Länder Afrikas. Solche Konfliktszenarien sind nur in Staaten möglich, deren Fähigkeit zur Durchsetzung ihres Gewaltmonopols ernsthaft eingeschränkt ist.

Innerhalb des Westens spielten die europäischen Staaten, insbesondere Deutschland, und die EU im Vergleich zu den USA eine wesentlich größere Rolle als in der Vergangenheit. Wenn man auf die großen Balkankrisen der 1990er Jahre zurückblickt, auf Bosnien-Herzegowina und Kosovo, dann waren immer die Vereinigten Staaten von Amerika der Schlüsselakteur, von dem die Initiativen zu Lösungen ausgingen. Einer der bemerkenswertesten Aspekte der Ukrainekrise besteht darin, dass dies nicht mehr der Fall ist. In Sachen Ukraine spielen die USA zwar nach wie vor eine wichtige, aber nicht länger die allein prägende Rolle. Das gilt für die diplomatischen Initiativen zur Lösung der Krise, in denen sich die USA darauf konzentrierten, die Ukraine zu unterstützen und Druck gegenüber Russland aufzubauen. Demgegenüber wurden die für die Zukunft der Ukraine entscheidenden Verhandlungsformate – OSCE Special Monitoring Mission, Genfer Verhandlungen, Runder Tisch in der Ukraine – meist im Tandem von Deutschland und der Schweiz, die 2014 den OSZE-Vorsitz innehat, vorangetrieben. Dasselbe gilt für die finanzielle Unterstützung der Ukraine,

wo das Gros der Mittel von der EU und vom Internationalen Währungsfonds kommt.

In der *Kommunikation zwischen Russland und den westlichen Staaten* und internationalen Organisationen fällt nicht nur auf, wie schnell die strategische Kommunikation zusammenbrach, sondern vor allem, wie bereitwillig sie von *beiden* Seiten aufgegeben wurde. Auch die Kommunikation mit den USA war – soweit öffentlich erkennbar – weithin versandet, Russlands Hauptgesprächspartner waren Deutschland und die Schweiz, gelegentlich ergänzt durch Frankreich und Italien. Dies zeigt, wie schnell in einer wirtschaftlich hoch interdependenten Welt strategische Kommunikation, also Dialog zwischen Machtzentren zur Lösung von Konflikten, heruntergefahren werden kann. Dieser Mangel an Verständigung erhöht gleichzeitig die Gefahr von Missverständnissen. Die ihre sonstige Bedeutung weit übersteigende Rolle der OSZE im Ukrainekonflikt führt daher, dass sie in dieser Phase der einzige operative Akteur von Bedeutung war, sehr rasch reagierte und zudem einen der wenigen funktionierenden Kommunikationskanäle stellte. Die OSZE organisierte nicht nur die Sonderbeobachtungsmission mit bis zu 500 Mitgliedern, sondern auch eine Wahlbeobachtungsmission mit 1.000 Personen und half, den Runden Tisch in der Ukraine in Gang zu bringen. Russland dokumentierte mit seiner Zustimmung zur OSZE-Sonderbeobachtungsmission und seiner personellen Beteiligung daran, dass man nicht alle kooperativen Bände abreißen lassen wollte.

Wo liegen nun mögliche strategische Alternativen des Westens gegenüber Russland? Sie können hier nur grob skizziert werden. Die erste Option besteht in der wirtschaftlichen Sanktionierung und politischen Isolierung Russlands, ergänzt durch eine verstärkte militärische Abschreckung. Elemente davon finden sich im Diskurs der US-Regierung (Sanktionen, Isolierung) und des NATO-Generalsekretärs (Vornestationierung von NATO-Streitkräften, Erhöhung der Verteidigungsausgaben), aber auch einiger EU-Staaten. Diese Option ist konzeptionell eher schlicht und greift auf Bewährtes aus der Zeit des Kalten Krieges zurück. Sie kann zu einem (wahrscheinlich begrenzten) Wettrüsten führen. Ihr schlimmster Mangel jedoch ist, dass sie die wichtigste Triebkraft des unerwünschten russischen Verhaltens, die innenpolitische Mischung aus Wirtschaftsproblemen und Nationalismus, noch weiter anheizen dürfte.

Die zweite Option heißt realistische Kooperation oder Kooperation plus Festigkeit und ist weit schwieriger zu gestalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte wie folgt: „Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass mittel- und langfristig die enge Partnerschaft mit Russland fortgesetzt werden sollte. Das setzt ein Mindestmaß an gemeinsamen Werten voraus, die sich auch in konkreter Politik niederschlagen müssen.“⁵ Allerdings ist eine Rückkehr zu einer Praxis gemeinsamer Werte in absehbarer Zeit kaum zu erwarten, was die dann rein interessensbasierte Kooperation deutlich erschweren dürfte. Jede zukünftige Zusammenarbeit mit Russland wird zudem von verlässlicher innerwestlicher Solidarität unterfüttert sein müssen. Die baltischen Mitglieder der NATO müssen sich auf deren militärische Beistandsgarantie verlassen können. Auch

⁵ „Russland wendet sich wieder altem Denken zu“, Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 2014, S. 3.

gilt es die Energieabhängigkeit der EU-Staaten, die manchmal bei 100 Prozent liegt, zu verringern. Die Schwierigkeit liegt darin, das kooperative Element mit dem der Festigkeit derart auszubalancieren, dass Zusammenarbeit mit Russland möglich bleibt, ohne dort Illusionen zu schüren, mit militärischem Zugriff weitere Gewinne erzielen zu können.

Dr. Wolfgang Zellner ist Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des IFSH und leitet dessen Zentrum für OSZE-Forschung (CORE).

Mut zum Frieden. Anregungen zur Konfliktbearbeitung

Hanne-Margret Birkenbach

Die Einleitung eines kohärenten Friedensprozesses in der Ukraine beginnt mit dem Mut, inmitten von Gewalt sich auf die komplexen Anforderungen des Friedens einzulassen. Dazu gilt es Antworten auf fünf Kernfragen der „Friedenslogik“⁶ zu finden:

1. Was ist das Problem? Die Ukraine erlebt eine Escalation von Gewalt in allen Formen. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Gewaltprävention. Die Mahnungen zum Gewaltverzicht müssen mit dem Ausbau jener Institutionen verbunden werden, die den Gewaltverzicht attraktiv machen. Folgt man den von Dieter Senghaas benannten Kategorien des zivilisatorischen Hexagons, geht es in der Ukraine darum, die Gewalt zu entprivatisieren und gleichzeitig staatliche Gewalt dem Recht zu unterwerfen, eine einigermaßen symmetrische Verflechtung von Interessen auch zwischen Regionen herbeizuführen, Macht zu teilen und breite gesellschaftliche Teilhabe an politischen Entscheidungen zu ermöglichen, Hoffnung auf sozialen Ausgleich und ein Ende der Ausplünderung des Landes durch Oligarchen zu wecken sowie eine konstruktive Konfliktkultur zu entwickeln. In seiner konkreten Ausgestaltung bleibt dies ein innerukrainisches Programm, das den Traditionen des Landes und seinen privaten und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland entsprechend gestaltet werden muss. Es kann nicht erzwungen oder aufgedrückt werden. Die inneren Akteure müssen sich selbst verpflichten, in dieser Logik zu handeln. Bei der Umsetzung solcher Selbstverpflichtung können sie von außen durch glaubwürdige staatliche, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure unterstützt werden.

Die Möglichkeiten internationaler Einrichtungen sind längst nicht ausgeschöpft. Das gilt auch für den Umgang mit der Annexion der Krim. Er gehört vor Gericht, sei es vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder den Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Genf. Jeder OSZE-Staat kann ihn im Fall Krim anrufen. Die OSZE-Mechanismen zur Wahlbeobachtung sind zentral für die Vertrauensbildung. Sie sollten nicht durch private Initiativen konterkariert werden, die Partikularinteressen folgen. Ein Beispiel hierfür ist die Finanzierung einer 800-köpfigen Mission der russischen Nichtregierungsorganisation Golos durch den ehemaligen

russischen Ölmanager Michael Chodorkowski zur Beobachtung der ukrainischen Präsidentenwahlen. Ihre Unabhängigkeit wurde nicht nur in Russland bezweifelt, weil sie auch durch das US-amerikanische *National Endowment for Democracy* unterstützt wird.

Auf allen Seiten, von Kiew bis Odessa, sind Menschen getötet und verletzt worden. Nun muss verhindert werden, dass erlittene Gewalt zur Ressource für neue Gewaltbereitschaft wird. International gestützte Tatsachenermittlung, juristische und außergerichtliche Verfahren einschließlich der Einrichtung international zusammengesetzter Historikerkommissionen sind erprobte Mittel, um Schuldzuschreibungen konstruktiv zu transformieren, die Umstände, unter denen es zur Gewalt kommen konnte, zu klären und dieses Vorgehen mit einer Perspektive für Vertrauensbildung, Zusammenarbeit und Versöhnung zu verbinden. Eine großzügige Migrations- und Visumspolitik kann solche Vorgänge zusätzlich stützen. Sie ermöglicht es Menschen, die unter den aktuellen Bedingungen in der Ukraine nicht leben wollen, Abstand zu gewinnen. Auch Stipendien im Ausland, etwa für Friedens- und Konfliktforschung und Friedenserziehung oder für die Ausbildung zu Friedensfachkräften würde es ihnen erlauben, konstruktive Rollen zu finden.

2. Wie ist die Gewalt entstanden? Gewalt entsteht aus ungelösten Konflikten in komplexen Konstellationen. Aus diesem Befund ergibt sich die Aufgabe der Konflikttransformation durch Korrektur von Zielen, Haltungen und Verhalten aller Parteien. Im Fall der Ukraine überlagern sich mindestens fünf unterschiedliche Konfliktlinien mit unterschiedlichen Akteuren. Aus der Analyse der Konfliktlinien ergeben sich die Themen, die verhandelt werden müssen:

- **Innerukrainische Konfliktlinien:** Die bewaffneten Aufstände sind nur ihre sichtbarsten Zeichen. Die Konflikte sind im Wesentlichen endogen, gleichwohl von außen angefeuert. Hier geht es um Verteilung von Reichtum und Macht, um Zugänge zu Ressourcen, um Identität und die Rolle der Oligarchen.
- **Außenpolitische Konfliktlinien der Ukraine:** Sie ergeben sich aus der Lage zwischen Russland einerseits und den sich überlappenden westlichen Kreisen von EU- und NATO-Staaten andererseits. Hier geht es um Souveränität und asymmetrische Abhängigkeit von ungleichen Nachbarn, die um weltpolitische Ansprüche konkurrieren.
- **Innerwestliche Konfliktlinien:** Hier geht es um US-amerikanische Hegemonie sowie um ewige Streitpunkte europäischer Integration wie Vertiefung und Erweiterung sowie um einen friedensverträglichen *Code of Conduct* für die transatlantischen und EU-internen Beziehungen. Die Ukraine hat auf diese Konfliktlinien nur wenig Einfluss, sondern trägt die Folgen.
- **Innerrussische Konfliktlinien:** Unterschiedliche politische und wirtschaftliche Kräfte rivalisieren miteinander um Macht und die Durchsetzung partikularer Interessen. Wie im Fall der innerwestlichen Konfliktlinien geschieht dieser rivalisierende Konfliktaustrag auf Kosten der ukrainischen Entwicklung. Die US-amerikanischen und europäischen Sanktionen gegen Moskau verschärfen nicht nur diese Rivalität, sondern

⁶ Friedenslogik statt Sicherheitslogik – Theoretische Grundlagen undfriedenspolitische Realisierung, in: W&F 2/2014 (Dossier; 75.)

erschweren russischen Akteuren eine Politik der friedlichen Konfliktbeilegung.

- **Gesamteuropäische Konfliktlinien:** Im Verhältnis der EU und Russland zu den zwischen ihnen liegenden „Pufferländern“ geht es um Partnerschaft versus Patenschaft, um Grenz- und Visapolitik, um ökonomische Verflechtungen sowie um das Erbe der gewaltsamen europäischen Geschichte. Da diese Fragen alle europäischen Staaten betreffen, ist ihre gleichwertige Beteiligung an den Aushandlungsprozessen wichtig. Dies ist nur im Rahmen solcher Organisationen möglich, die alle europäischen Staaten einschließt, namentlich die Vereinten Nationen (VN), die OSZE und der Europarat.

3. Wie ist eine Transformation des Konfliktes möglich? Die Escalation hat die Ukraine und ihre Nachbarn tief gespalten. Alle Akteure müssen nun lernen, konstruktive Verhaltensweisen einzunehmen, antagonistische Haltungen zurückzudrängen und konkrete Problemlösungen zu finden. Im Kern geht es darum, durch Beziehungsarbeit zwischen all denen, die auf den oben genannten Konfliktlinien agieren, neue Verbindungen zu knüpfen. Dem dienen Verhandlungen, Vermittlungen, Mediationen, Beratungen, Konsultationen, Zusammenarbeit in nachhaltigen Projekten mit Ausstrahlung und die Öffnung des Diskurses für eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung. Nur solche dialogverträglichen Mittel ermöglichen, dass die Parteien sich für die Sichtweise und Interessen der anderen öffnen, kurz- und langfristige Vorhaben koordinieren und den Transformationsprozess auch in breiten Schichten der Gesellschaft verankern. Wie Metta Spencer detailliert belegt hat, haben in der Zeit des Ost-West-Konflikts Partnerschaften zwischen Städten und Sportvereinen, Küchengespräche zwischen Intellektuellen, aber auch Friedenskonferenzen zwischen Bewegung und Funktionären auf allen Seiten die Augen und den Kopf für Ideen der Konfliktlösung mit großem Effekt freigemacht.⁷ Dank des erweiterten, erfahrungsgestützten Wissens über die Prozesse von Konflikttransformation können Dialoge in diversen Formaten heute weitaus produktiver organisiert werden. Die Einrichtung eines europäischen Friedensdienstes mit ausgebildeten Streitschlichtern könnte die notwendigen Prozesse bürgernah realisieren.

4. Was legitimiert Konfliktlösungen? Sie müssen für die betroffenen Parteien annehmbar sein. Daher ist Legitimationsarbeit notwendig, die Partikularinteressen mit globalen ethischen Grundsätzen in Übereinstimmung bringt. Als Maßstab dienen neben dem Völkerrecht und den Menschenrechten auch ethische Grundsätze, die nahezu überall auf der Welt, wenngleich unterschiedlich formuliert, geteilt werden. Dazu gehört die Goldene Regel der Gegenseitigkeit: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu!“ Immer kommt es darauf an, die Vereinbarkeit von unterschiedlichen, legitimen Interessen, die als noch unvereinbar gelten, aufzudecken, zu fördern und zu entwickeln.

Die Kunst friedenslogischer Ukrainepolitik besteht folglich darin, die in der Ukraine formulierten Interessen (an einem Leben in Frieden jenseits der Ausplünderung durch Oligarchen in guter Kooperation mit den Nachbarn), die Interessen von EU-Staaten

(an europäischer Integration) und die Interessen Russlands (an einer Partnerschaft auf Augenhöhe) so zu modifizieren, dass sie einander nicht widersprechen. Legitimationsarbeit, heißt, Vorschläge für eine „neue“ Ukraine annehmbar zu machen und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Diverse Anregungen liegen auf dem Tisch: Autonomien nach dem Modell Südtirol, überlappende Freihandelszonen, Zweisprachigkeit sowie Föderalisierung, Dezentralisierung und Neutralisierung. Alle sind umstritten. Föderalisierung zum Beispiel mag in Deutschland viel Zustimmung erfahren, aber in England oder Schweden fürchtet man sie als Devolution. Folglich wäre durch Legitimationsarbeit zu klären, welche Föderalisierung für die Ukraine geeignet ist, soll sie nicht als Staat verfallen. Ähnlich steht es mit dem Vorschlag einer militärischen Neutralität. Er wird in seiner pauschalen Form diejenigen, die eine NATO-Mitgliedschaft wollen, nicht überzeugen. Sie argumentieren, ein souveräner Staat müsse seine Bündnispartner selbst wählen können. Neutralität könnte allerdings dann legitim werden, wenn sie auch in der Ukraine gewünscht, mit erkennbaren Vorteilen für das Land verbunden und wenn sie als Brücke zwischen Ost und West statt als Trampelpfad konzipiert würde. Dies würde eine neue Wertschätzung der existierenden neutralen Staaten (z.B. Finnland, Österreich) in der internationalen Politik voraussetzen und von der Ansiedlung gewichtiger internationaler Organisationen in der Ukraine begleitet sein müssen. Beides ist möglich.

5. Wie kann aus Misserfolgen gelernt werden? Auch friedenslogisch inspirierte Politik kann fehlschlagen. Sie muss sich daher selbst-reflexiv Kritik organisieren und sie anhören sowie in der Lage sein, Entscheidungen zu revidieren. Supervisionen, Begutachtung, Transparenz, Anhörungen und wissenschaftliche Begleitung sind geeignete Instrumente. Vorschläge, die von Experten und Expertinnen breit diskutiert sind, können jedenfalls auf Probe eingeführt werden. Im Europarat ist die Notwendigkeit, die diskriminierende Visa- und Grenzpolitik der EU-Staaten zu reformieren, bis in alle Details erörtert. Die bisherige Praxis hemmt den Austausch mit der Ukraine und Russland. Eine Reform scheitert noch immer an wenig realistischen Vorstellungen über Verbrechensbekämpfung und an der Scheu vor einer inklusiven Einheit Europas. Auch eine friedensorientierte beratende Begleitung der 50 existierenden Partnerschaften und Kontaktbeziehungen zwischen ukrainischen und deutschen Städten würde diese tragfähiger entwickeln und Perspektiven für eine erfahrungsnahe Rückmeldung an die Politik eröffnen.

Unter welchen Bedingungen haben die hier nur skizzierten friedenslogischen Politikoptionen eine Chance? Voraussetzung ist die Wiederbelebung des Friedensdiskurses. Wer von Frieden nur noch am Sonntag reden will, wird ihn von Montag bis Samstag mit „vernetzter Sicherheit“ nicht schaffen.

Dr. Hanne-Margret Birkenbach ist Professorin für Europastudien und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Gießen.

⁷ Metta Spencer, *The Russian Quest for Peace and Democracy*, Lexington Books 2010.